



Die vom Salzburger Landtag entsandten Mitglieder des Bundesrates

OSR Josef Saller, Mag. Susanne Kurz, Dr. Heidi Reiter, Dr. Dietmar Schmittner

# Tätigkeitsbericht 2014 - 2015

Salzburg im Juli 2015



## Inhaltsverzeichnis

1.	DER BUNDESRAT – EINLEITUNG .....	3
2.	JAHRESBERICHT .....	5
3.	MANDATARE UND DEREN FUNKTIONEN IM BUNDESRAT .....	6
4.	GESETZTES ANTRÄGE DES BUNDESRATES.....	19
5.	EINSPRÜCHE DES BUNDESRATES .....	19
6.	ANFRAGEN.....	19
7.	TÄTIGKEITSBERICHTE.....	27
8.	BUNDESRATSENQUETEN .....	31
9.	INTERESSENSVERTRETUNG IN WIEN .....	34
10.	Mandatsstand 2014 - 2015.....	44
11.	DER BUNDESRAT ALS EUROPAKAMMER AUF NATIONALER EBENE.....	46
12.	Ein gemeinsamer Bundesrats-Reformentwurf.....	50

## **1. DER BUNDESRAT – EINLEITUNG**

In der Bundesverfassung werden der Bestand der Bundesländer und ihre Beteiligung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes gesichert. Über den Bundesrat wirken dabei die Länder an der Gesetzgebung mit.

Das österreichische Parlament besteht aus dem Nationalrat, der vom Volk direkt gewählt wird, und dem Bundesrat, dessen Mitglieder von den neun Landtagen entsandt werden.

Der Nationalrat hat eine fixe Mitgliederzahl von 183 Mandataren. Beim Bundesrat ist dies nicht der Fall; er besteht derzeit aus 61 Mitgliedern und erneuert sich jeweils nur zum Teil – und zwar nach jeder Landtagswahl. Er hat weder Gesetzgebungsperioden noch Tagungen, tagt also in Permanenz. Die variable Mitgliederzahl, die nach jeder allgemeinen Volkszählung neu festgelegt wird, schwankt seit 1945 zwischen 50 und 65 Mandataren (*bezüglich Details siehe die Homepage des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen [www.parlamentarismus.at](http://www.parlamentarismus.at) : „Der Bundesrat nach der Volkszählung 2011“*).

Gemäß Artikel 34 B-VG entsendet das Land mit der größten Bürgerzahl (derzeit Niederösterreich) zwölf, jedes andere Bundesland so viele Mitglieder, als dem Verhältnis seiner Bürgerzahl entspricht. Dabei werden Reste über die Hälfte der Verhältniszahl als voll angerechnet. Jedem Land gebührt jedoch eine Vertretung von wenigstens drei Mitgliedern.

Nach Artikel 36 B-VG wechseln sich die Länder halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge im Vorsitz ab. Als Vorsitzender – also Präsident – fungiert dabei der an erster Stelle entsendete Vertreter des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

### *Die wichtigsten Aufgaben des Bundesrates sind:*

- Klassische Aufgaben:

Gesetzgebung

Parlamentarische Kontrolle (insbesondere politische und rechtliche Kontrollrechte) sowie Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes.

- Seit dem EU-Beitritt Österreichs kommt noch eine neue Dimension dazu, nämlich die der indirekten und der direkten Mitwirkung der nationalen Parlamente an der EU-Rechtssetzung bzw. EU-Willensbildung. Diese Aufgabe hat durch den Vertrag von Lissabon für den Bundesrat eine besondere Bedeutung erlangt.

*Nunmehr zu den Details der klassischen Aufgaben:*

**1. Gesetzgebung**

Gemäß Artikel 42 B-VG ist jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates unverzüglich von dessen Präsidenten dem Bundesrat zu übermitteln. Dieser kann - von Ausnahmen abgesehen - nur dann beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat innerhalb von acht Wochen gegen den Beschluss keinen mit Gründen versehenen Einspruch erhoben hat. Das bedeutet konkret, dass der Bundesrat entweder innerhalb von acht Wochen ausdrücklich beschließt, keinen Einspruch zu erheben und somit diese Frist verkürzt, oder dass er sich – in Ausnahmefällen – verschweigt.

**2. Parlamentarische Kontrolle**

- Instrumente der politischen Kontrolle sind:
  - Interpellationsrecht
  - Resolutionsrecht
  - Informationsrecht
  - Zitationsrecht
  - Petitionsrecht
  
- Als wichtigstes Instrument der rechtlichen Kontrolle sei Anfechtung von Gesetzen beim Verfassungsgerichtshof durch ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates erwähnt.

**3. Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes**

Diese manifestiert sich beispielsweise im Abschluss von Staatsverträgen und in der Ernennung von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Verfassungsgerichtshofes (drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied).

## **2. JAHRESBERICHT**

Jahresbericht über die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte.

**Wenn gleich die Wahl der Mitglieder des Bundesrates durch den Landtag wegen des in Art. 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag verbunden ist,** halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeit dem Landtag gegenüber Bericht zu erstatten. Wir sehen darin auch einen Anstoß, dass Tätigkeitsberichte nicht nur von den Organen der Vollziehung verlangt werden, sondern im Bereich aller gesetzgebenden Körperschaften von den Abgeordneten auch selbst vorgelegt werden sollen.

Die Tätigkeit des Bundesrates kann ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung im Internet auf den Homepages des Parlaments (<http://www.parlament.gv.at>) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und die Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Die Bundesratssitzungen werden inzwischen über ORF III live übertragen.

### *Arbeit der Mitglieder des Bundesrates*

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für BürgerInnen. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete.

Sie melden sich im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament stellen sich für die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein zur Verfügung, empfangen ausländische Parlamentarier-Delegationen, nehmen an parlamentarischen Themen-Enqueten und Hearings, an Präsidial-, Klub-, und Treffen von parlamentarischen Freundschaftsgruppen teil. Mitglieder des Bundesrates prüfen im EU-Ausschuss Entwürfe der EU-Kommission für Verordnungen und Richtlinien und Weißbücher ob sie den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit entsprechen. Wir besuchen die Landtagssitzungen und die Klubsitzungen unserer Partei. Freilich arbeiten wir auch auf Bezirks- und Gemeindeebene tatkräftig mit. Kurz gesagt: Wir BundesrätInnen erfüllen die Rolle, die uns die Österreichische Bundesverfassung seit rund 94 Jahren übertragen hat. Daneben halten wir in den Gemeinden unseres Wahlkreises Sprechstage, übernehmen Vertretungen von Landesregierungsmitgliedern bei Wirtschaftlichen, Kulturellen, Sportlichen, Vereinsversammlungen und ähnlichen Anlässen und üben zu all dem noch einen bürgerlichen Beruf aus.

### 3. MANDATARE UND DEREN FUNKTIONEN IM BUNDESRAT

#### Bundesrat OSR Josef Saller



**Geb.:** 25.12.1945, Bischofshofen (Salzburg)

**Beruf:** Hauptschuldirektor i.R.

#### Politische Mandate

- Mitglied des Bundesrates, ÖVP 27.04.1999 –
- Schriftführer des Bundesrates, 07.10.2004 –

#### Politische Funktionen

- Abgeordneter zum Salzburger Landtag 1989–1999
- Vizebürgermeister der Gemeinde Bischofshofen 1979–1989
- Landesobmann des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB) Salzburg seit 2002

Vorsitzender	<u>› Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates</u>	26.02.2014–
Stellvertretender Ausschussvorsitzender	<u>› Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates</u>	18.12.2013–
	<u>› Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates</u>	08.04.2014–

Schriftführer	<u>›Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates</u>	10.04.2014–
Mitglied	<u>›Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet</u>	05.12.2013–
	<u>›Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates</u>	16.12.2013–
	<u>›Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Justizausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–
Ersatzmitglied	<u>›Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates</u>	13.01.2014–
	<u>›Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie des Bundesrates</u>	13.01.2014–

<u>›Gesundheitsausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–
<u>›Umweltausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–
<u>›Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates</u>	13.01.2014–

### Reden in Plenarsitzungen

›843. Sitzung	02.07.2015	2. Freiwilligenbericht	
›841. Sitzung	07.05.2015	Kriegsopferversorgungsgesetz 1957	
›840. Sitzung	09.04.2015	BMFWF - EU-Vorhaben - Jahresvorschau 2015	S. 72–73
›837. Sitzung	18.12.2014	Aktuelle Stunde BMLVS "Auswirkungen der Bundesheerreform auf die Bundesländer"	S. 22–23
		Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz – SVAG	S. 158–159
›836. Sitzung	04.12.2014	Vollziehung der Angelegenheiten des Pflegegeldwesens	S. 56
›834. Sitzung	06.11.2014	Ärztegesetz 1998 sowie das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz	S. 103–104
›832. Sitzung	24.07.2014	Bundesbehindertengesetz und das Sozialministeriumservicegesetz - SMSG	S. 204

## Bundesrätin Mag. Susanne Kurz



**Geb.:** 02.04.1956, Salzburg

**Beruf:** Lehrerin an einer BHS

### Politische Mandate

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ 28.04.2004 –
- Vizepräsidentin des Bundesrates, 01.01.2012 – 30.06.2014
- Präsidentin des Bundesrates, 01.07.2011 – 31.12.2011
- Vizepräsidentin des Bundesrates, 01.01.2008 – 30.06.2011
- Schriftführerin des Bundesrates, 07.10.2004 – 31.12.2007

### Die Ausschüsse

Stellvertretender Ausschussvorsitzender	<u>&gt; Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates</u>	08.04.2014–
--	--	-------------

Mitglied	<u>&gt; Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates</u>	13.12.2013–
----------	--	-------------

	<u>›Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Gesundheitsausschuss des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates</u>	30.10.2014–
Ersatzmitglied	<u>›Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet</u>	05.12.2013–
	<u>›Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Finanzausschuss des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates</u>	13.12.2013–
	<u>›Justizausschuss des Bundesrates</u>	13.12.2013–

### Reden in Plenarsitzungen

›843. Sitzung	02.07.2015	Aktuelle Stunde (Aktuelle Europastunde), Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres
›842. Sitzung	03.06.2015	Bildungs- und Berufsorientierung für Kinder und Jugendliche vom Beginn bis zum Ende ihrer Schulzeit

›841. Sitzung	07.05.2015	BMEIA - EU-Arbeitsprogramm 2015	
›839. Sitzung	12.03.2015	BMBF - Strategische Jahresplanung 2015 der EK	S. 72– 74
		Dringliche Anfrage BMBF betreffend "Bildungsphantasien"	S. 131– 135
›837. Sitzung	18.12.2014	Außen- und Europapolitischer Bericht 2012	S. 65– 67

## Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter



**Geb.:** 19.08.1953, Salzburg

**Beruf:** Pensionistin

### Politische Mandate

- Mitglied des Bundesrates, GRÜNE 18.07.2013 –
- Mitglied des Bundesrates, ohne Fraktion 19.06.2013 – 17.07.2013
- Ordnerin des Bundesrates, 18.07.2013 – 31.12.2013

### Ausschüsse

Mitglied	<u>› Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>› Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>› Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates</u>	05.12.2013–

	<u>›Finanzausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›Gesundheitsausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›Wirtschaftsausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–
Ersatzmitglied	<u>›Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›EU-Ausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–
	<u>›Umweltausschuss des Bundesrates</u>	05.12.2013–

### Reden in Plenarsitzungen

›843. Sitzung	02.07.2015	Mineralrohstoffgesetz	
	07.05.2015		S. 36–37
›841. Sitzung		ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und Mutterschutzgesetz	S. 43
			S. 52
		BMG - Jahresvorschau 2015	
›840. Sitzung	09.04.2015	Protokoll zur Änderung des Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von	

Investitionen			
Versicherungsaufsichtsgesetz 2016			
829. Sitzung	15.05.2014	Verhinderung einer europäischen Transferunion	
›839. Sitzung	12.03.2015 05.02.2015	BK, BMKKV - Arbeitsprogramm der Kommission für 2015	S. 54–55
›838. Sitzung	18.12.2014	ÖBIB-Gesetz 2015	S. 92–93
›837. Sitzung		EU-Jahresvorschau 2015 des Bundesministeriums für Finanzen	S. 106–107
		Dringliche Anfrage BMBF betreffend "Bildungsphantasien"	S. 136
		Erklärung BMF zum Thema "Finanzausgleich"	S. 20–22
		Aktuelle Stunde BMLFUW zum Thema "Zukunftsstrategie für den ländlichen Raum"	S. 44–45
		Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz, MTD-Gesetz und Medizinische Assistenzberufesgesetz	S. 88
		Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft	S. 58
›836. Sitzung	04.12.2014	Bundes-Verfassungsgesetz, Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung 1975, Nationalrats-Wahlordnung 1992, Bundesbezügegesetz und Mediengesetz	S. 142–143

		Gewerbeordnung 1994 und Bankwesengesetz	S. 161–163
		Mittelstandsbericht 2014	S. 174–176
		Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, Zivilprozessordnung, Außerstreitgesetz und Strafprozeßordnung 1975	S. 79–80
		Europäischer Rechnungshof/Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2013 / 46545/EU	S. 96–98
		Erklärung des EU-Kommissars Dr. Johannes Hahn über seinen neuen Aufgabenbereich	S. 24–25
›835. Sitzung	02.12.2014	Ärztegesetz 1998 sowie das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz	S. 104–106
›834. Sitzung	06.11.2014	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	S. 115–116
		Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA	S. 120
		Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits	S. 123–125
		Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2013	S. 136–138

		Übergangsgesetz vom 1. Oktober 1920	S. 157–158
		Tätigkeitsberichte VwGH und VfGH für 2013	S. 163–164
›833. Sitzung	09.10.2014	Grüner Bericht 2014	S. 64–65
	24.07.2014		
›832. Sitzung		37. Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 2013)	S. 74–76
		Erklärung LH Kärnten "Starke Länder für ein soziales Österreich in einem gemeinsamen Europa"	S. 34–36
		Aktuelle Stunde BM für Finanzen zum Thema "Für mehr Zuversicht in Österreich: Kaufkraft stärken, Wirtschaft unterstützen, Beschäftigung schaffen!"	S. 45–46
		Wasserrechtsgesetz	S. 120
		Energieeffizienzpaket des Bundes	S. 174–175
		Führerscheinggesetz	S. 185
		technische Unterwegskontrollen im Jahr 2013	S. 193–194

## Bundesrat Dr. Dietmar Schmittner



**Geb.:** 21.12.1958, Salzburg

**Beruf:** Jurist

### Politische Mandate

1. Mitglied des Bundesrates, FPÖ 19.06.2013 –

### Politische Funktionen

- Landespartei sekretär der FPÖ Salzburg
- Bürgeranwalt der FPÖ Salzburg seit 2013

### Ausschüsse

Mitglied	› Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	› Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	› Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015

	›Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	›Umweltausschuss des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	›Gesundheitsausschuss des Bundesrates	07.11.2014–15.06.2015
Ersatzmitglied	›Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates	04.07.2013–04.12.2013
	›Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	›Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015
	›Finanzausschuss des Bundesrates	10.12.2013–15.06.2015

### Reden in Plenarsitzungen

›841. Sitzung	07.05.2015	Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2015	
		Sozialbericht 2013-2014	
›838. Sitzung	05.02.2015	Aktuelle Stunde BMLFUW zum Thema "Zukunftsstrategie für den ländlichen Raum"	S. 43–44
›832. Sitzung	24.07.2014	Bundesbehindertengesetz und das Sozialministeriumservicegesetz - SMSG	S. 204–205
		Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetter-Entschädigungsgesetz 1957, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das	S. 207

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977			
›828. Sitzung	10.04.2014	BMASK - Jahresbericht 2014 - Legislativ- und Arbeitsprogramm der EK	S. 167– 169
›827. Sitzung	26.02.2014	Aktuelle Stunde BMASK "Der positive Einfluss des Pflegefonds auf die Pflegedienstleistungen in Ländern und Gemeinden"	S. 20– 21
›824. Sitzung	05.12.2013	Entschließungsantrag betreffend Erhalt des Salzburg Airport	S. 60– 61
		Zehnter Umweltkontrollbericht	S. 64– 65
		Zehnter Umweltkontrollbericht	S. 81

#### **4. GESETZTES ANTRÄGE DES BUNDESRATES**

09.04.2015 GABR Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, Änderung 452 d.B.  
Beschlossen im Bundesrat 152/BNR, mehrstimmig, Beschlossen im Nationalrat ,  
Dafür: S, V, F, T, N, dagegen: G

#### **5. EINSPRÜCHE DES BUNDESRATES**

14.01.2015 EBR Bundespflegegeldgesetz, Änderung 453 d.B. Zugewiesen an:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales, Beratungen noch nicht aufgenommen

#### **6. ANFRAGEN**

06.07.2015 J-BR Pensionsreform - wichtige nächste Schritte (BMASK) - beantwortet durch (  
2852/AB-BR/2015 3076/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 06.07.2015 (2852/AB-BR/2015)

- 02.07.2015 J-BR Grenzkontrollen (BMI) - Dringliche Anfrage 3082/J-BR/2015 Aufruf der dringlichen Anfrage
- 26.06.2015 J-BR finanzielle Situation der Landespolizeidirektionen (???) - beantwortet durch ( 2851/AB-BR/2015 3075/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 26.06.2015 (2851/AB-BR/2015)
- 09.06.2015 J-BR Abendschulen des Bundes (BMBF) - beantwortet durch ( 2850/AB-BR/2015 3074/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 09.06.2015 (2850/AB-BR/2015)
- 05.06.2015 J-BR Mautflucht im Raum Kufstein (BMVIT) - beantwortet durch ( 2849/AB-BR/2015 3073/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 05.06.2015 (2849/AB-BR/2015)
- 03.06.2015 J-BR Änderung der 1. Tierhaltungsverordnung (BMLFU) - Frist für die Beantwortung 03.08.2015 3081/J-BR/2015 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 03.08.2015)
- 03.06.2015 J-BR Änderung der 1. Tierhaltungsverordnung (BMG) - Frist für die Beantwortung 03.08.2015 3080/J-BR/2015 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 03.08.2015)
- 03.06.2015 J-BR ärztliche Versorgung Justizanstalt Leoben (BMJ) - Frist für die Beantwortung 03.08.2015 3079/J-BR/2015 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 03.08.2015)
- 03.06.2015 J-BR Sparmaßnahmen beim Bundesheer in Tirol und Vorarlberg (BMLVS) - Frist für die Beantwortung 03.08.2015 3078/J-BR/2015 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 03.08.2015)
- 03.06.2015 M-BR "Neustart" Ihres Sexualerziehungserlasses (BMBF) 1877/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR vorwissenschaftliche Arbeit (BMBF) 1876/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR "Sexualerziehung in den Schulen" (BMBF) 1875/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR Einkommensschere zwischen Männern und Frauen (BMBF) 1874/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR Zusammenrücken von Kindergarten und Volksschule (BMBF) 1873/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR autonomere Verwendung (BMBF) 1872/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.06.2015 M-BR Geschlechterstereotype bei der Bildungs- und Berufswahl (BMBF) 1871/M-BR/2015 Zusatzfrage von dem Bundesrat Marco Schreuder gestellt
- 03.06.2015 M-BR Zwischenresümee ziehen Sie nach den ersten Ergebnissen der teilstandardisierten Reifeprüfung? (BMBF) 1870/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 28.05.2015 J-BR Exekutive - Planstellen und Überstunden 2014 (???) - beantwortet durch ( 2848/AB-BR/2015 3072/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 28.05.2015 (2848/AB-BR/2015)
- 28.05.2015 J-BR kosovarische Tätergruppen (BMI) - beantwortet durch ( 2847/AB-BR/2015 3071/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 28.05.2015 (2847/AB-BR/2015)
- 28.05.2015 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld der Wiener U-Bahnstation Margaretengürtel (BMI) - beantwortet durch ( 2846/AB-BR/2015 3070/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 28.05.2015 (2846/AB-BR/2015)

28.05.2015 J-BR Zentrales Waffenregister 2 (BMI) - beantwortet durch ( 2845/AB-BR/2015 3069/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 28.05.2015 (2845/AB-BR/2015)

28.05.2015 J-BR IS-Sympathisanten in Wien-Margareten (BMI) - beantwortet durch ( 2844/AB-BR/2015 3068/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 28.05.2015 (2844/AB-BR/2015)

20.05.2015 J-BR Dienstfahrzeuge der Exekutive (BMI) - Frist für die Beantwortung 20.07.2015 3077/J-BR/2015 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 20.07.2015)

15.05.2015 J-BR Auswirkungen der Hypo-Abwicklung auf das Land Salzburg (BMF) - beantwortet durch ( 2842/AB-BR/2015 3067/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 15.05.2015 (2842/AB-BR/2015)

15.05.2015 J-BR temporäres Tempo 80 auf der West Autobahn im Bereich Salzburg Stadt (BMVIT) - beantwortet durch ( 2843/AB-BR/2015 3065/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 15.05.2015 (2843/AB-BR/2015)

13.05.2015 J-BR durch Heirat erschlichene Aufenthaltstitel 2014 (BMI) - beantwortet durch ( 2841/AB-BR/2015 3066/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 13.05.2015 (2841/AB-BR/2015)

07.05.2015 M-BR Begründung für die Erhöhung der Forschungsprämie auf 12 Prozent (BMWFV) 1869/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Rückerstattung von Investitionen in getrennte Raucherbereiche von Gastronomielokalen im Zuge der Einführung eines totalen Rauchverbotes (BMWFV) 1868/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Reform des Gemeinnützigkeitsrechts (BMWFV) 1867/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Prüfungsaktivität als Indikator für Studienaktivität und Studienintensität (BMWFV) 1866/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Berücksichtigung der Bedürfnisse der Unternehmen im Alternativfinanzierungsgesetz (BMWFV) 1865/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR zusätzliche Fachhochschulplätze pro Bundesland (BMWFV) 1864/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Datenschutz und Datensicherheit in Unternehmen (BMWFV) 1863/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

07.05.2015 M-BR Ausbau von Energieinfrastruktur (BMWFV) 1862/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

06.05.2015 J-BR Schlechterstellung der Öffentlich Bediensteten durch die Dienstrechtsreform 2015 (BKA) - beantwortet durch ( 2840/AB-BR/2015 3063/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 06.05.2015 (2840/AB-BR/2015)

16.04.2015 J-BR fälschliche Behauptung einer illegalen Kundgebung (BMI) - beantwortet durch ( 2839/AB-BR/2015 3062/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 16.04.2015 (2839/AB-BR/2015)

09.04.2015 M-BR Realisierung eines Hauses der Geschichte Österreichs (BMKKV) 1861/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt

- 09.04.2015 M-BR Verbesserung der sozialen Lage von Kunstschaffenden (BMKKV) 1860/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping (BMKKV) 1859/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR Akkordierung eines Entwurfes des Informationsfreiheitsgesetzes mit den Ländern (BMKKV) 1858/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR strukturelle Änderungen bei der Bundestheater-Holding (BMKKV) 1857/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR Vorschläge zum Entfall bestehender Zustimmungsrechte von Bund und Ländern (BMKKV) 1856/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR Erhöhung des Kunst- und Kulturbudgets (BMKKV) 1855/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 09.04.2015 M-BR Transparenz der Gehälter und Nebeneinkommen der ORF-Mitarbeiter (BMKKV) 1854/M-BR/2015 Zusatzfrage gestellt
- 03.04.2015 J-BR Ratifizierung der Europäischen Übereinkommen von Valetta und Faro durch die Republik Österreich (BMKKV) - beantwortet durch ( 2838/AB-BR/2015 3061/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 03.04.2015 (2838/AB-BR/2015)
- 19.03.2015 J-BR Gesundheitsberuferegister (BMG) - beantwortet durch ( 2837/AB-BR/2015 3059/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 19.03.2015 (2837/AB-BR/2015)
- 18.03.2015 J-BR GISA und Gesundheitsberuferegister (BMWFW) - beantwortet durch ( 2836/AB-BR/2015 3060/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 18.03.2015 (2836/AB-BR/2015)
- 12.03.2015 J-BR "Bildungsphantasien" (BMBF) - Dringliche Anfrage 3064/J-BR/2015 Aufruf der dringlichen Anfrage
- 19.02.2015 J-BR Öffentlichkeitsrecht der Privatschule Saudi School Vienna (BMBF) - beantwortet durch ( 2835/AB-BR/2015 3058/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 19.02.2015 (2835/AB-BR/2015)
- 18.02.2015 J-BR Strafverfahren Stefan Templ (BMJ) - beantwortet durch ( 2834/AB-BR/2015 3057/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 18.02.2015 (2834/AB-BR/2015)
- 27.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMFJ) - beantwortet durch ( 2832/AB-BR/2015 3045/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 27.01.2015 (2832/AB-BR/2015)
- 26.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMEI) - beantwortet durch ( 2831/AB-BR/2015 3049/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 26.01.2015 (2831/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMKKV) - beantwortet durch ( 2830/AB-BR/2015 3056/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2830/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMVIT) - beantwortet durch ( 2829/AB-BR/2015 3054/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2829/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMLVS) - beantwortet durch ( 2826/AB-BR/2015 3053/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2826/AB-BR/2015)

- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMJ) - beantwortet durch ( 2823/AB-BR/2015 3051/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2823/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMF) - beantwortet durch ( 2828/AB-BR/2015 3050/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2828/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BKA) - beantwortet durch ( 2827/AB-BR/2015 3047/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2827/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMG) - beantwortet durch ( 2825/AB-BR/2015 3046/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2825/AB-BR/2015)
- 23.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMBF) - beantwortet durch ( 2824/AB-BR/2015 3043/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.01.2015 (2824/AB-BR/2015)
- 22.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMWFW) - beantwortet durch ( 2819/AB-BR/2015 3055/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 22.01.2015 (2819/AB-BR/2015)
- 22.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMLFU) - beantwortet durch ( 2822/AB-BR/2015 3052/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 22.01.2015 (2822/AB-BR/2015)
- 22.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMASK) - beantwortet durch ( 2821/AB-BR/2015 3048/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 22.01.2015 (2821/AB-BR/2015)
- 22.01.2015 J-BR Softwarenutzung im Vollzugsbereich (BMI) - beantwortet durch ( 2820/AB-BR/2015 3044/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 22.01.2015 (2820/AB-BR/2015)
- 20.01.2015 J-BR Verleumdung von öffentlich Bediensteten und Beamten (BMJ) - beantwortet durch ( 2833/AB-BR/2015 3042/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 20.01.2015 (2833/AB-BR/2015)
- 19.01.2015 J-BR Blutsicherheits- und Arzneiwareneinfuhrgesetz (BMG) - beantwortet durch ( 2817/AB-BR/2015 3041/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 19.01.2015 (2817/AB-BR/2015)
- 19.01.2015 J-BR Verankerung von "Erster Hilfe" im Lehrplan (BMBF) - beantwortet durch ( 2818/AB-BR/2015 3040/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 19.01.2015 (2818/AB-BR/2015)
- 05.01.2015 J-BR Tilly-Kaserne in Freistadt (BMLVS) - beantwortet durch ( 2816/AB-BR/2015 3035/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 05.01.2015 (2816/AB-BR/2015)
- 02.01.2015 J-BR Ungleichbehandlung bei der Gewährung des Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrages (BMF) - beantwortet durch ( 2815/AB-BR/2015 3033/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 02.01.2015 (2815/AB-BR/2015)
- 30.12.2014 J-BR Sicherheit in unseren Gemeinden (BMI) - beantwortet durch ( 2814/AB-BR/2014 3039/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 30.12.2014 (2814/AB-BR/2014)
- 30.12.2014 J-BR Anhaltezentrum Vordernberg (BMI) - beantwortet durch ( 2813/AB-BR/2014 3038/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 30.12.2014 (2813/AB-BR/2014)
- 30.12.2014 J-BR "Al Quds-Tag" 2014 (BMI) - beantwortet durch ( 2812/AB-BR/2014 3037/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 30.12.2014 (2812/AB-BR/2014)
- 23.12.2014 J-BR Flugsicherheit hinsichtlich Flügen nach Teheran (BMVIT) - beantwortet durch ( 2811/AB-BR/2014 3036/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.12.2014 (2811/AB-BR/2014)

- 15.12.2014 J-BR Existenzvernichtung für einen Unternehmer (BMASK) - beantwortet durch ( 2810/AB-BR/2014 3034/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.12.2014 (2810/AB-BR/2014)
- 10.12.2014 J-BR Einsparungen bei Truppenteilen und Ausbildungseinrichtungen (BMLVS) - beantwortet durch ( 2809/AB-BR/2014 3032/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 10.12.2014 (2809/AB-BR/2014)
- 09.12.2014 J-BR geplante Schließung der Kaserne Tamsweg (BMLVS) - beantwortet durch ( 2808/AB-BR/2014 3031/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 09.12.2014 (2808/AB-BR/2014)
- 09.12.2014 J-BR zahnärztliche Untersuchung in den Mutter-Kind-Pass (BMG) - beantwortet durch ( 2807/AB-BR/2014 3030/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 09.12.2014 (2807/AB-BR/2014)
- 06.11.2014 M-BR Bewachung der Werkstätten in Haftanstalten durch vom Arbeitsmarktservice rekrutierte Mitarbeiter (BMJ) 1853/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Rene Pfister gestellt
- 06.11.2014 M-BR Reform des Strafgesetzbuches (BMJ) 1852/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Werner Herbert gestellt
- 06.11.2014 M-BR Verbesserungen im Bereich des Strafvollzuges (BMJ) 1851/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Mag. Gerald Zelina gestellt
- 06.11.2014 M-BR Reformen des Erbrechts (BMJ) 1850/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Hermann Brückl gestellt
- 06.11.2014 M-BR Änderungen in der Konstruktion der Justizbetreuungsagentur (BMJ) 1849/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Mag. Gerald Zelina gestellt
- 06.11.2014 M-BR Novelle zum Verhetzungstatbestand (BMJ) 1848/M-BR/2014 Zusatzfrage von dem Bundesrat Dr. Dietmar Schmittner gestellt
- 06.11.2014 M-BR das Instrumentarium der Fußfessel (BMJ) 1847/M-BR/2014 Zusatzfrage von der Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter gestellt
- 06.11.2014 M-BR Diskriminierungen im Gesetz zur Eingetragenen Partnerschaft gegenüber dem Eherecht (BMJ) 1846/M-BR/2014 Zusatzfrage von der Bundesrätin Monika Mühlwerth gestellt
- 24.09.2014 J-BR Eingriff in militärische Kernkompetenzen durch Einsparungen (BMLVS) - beantwortet durch ( 2803/AB-BR/2014 3029/J-BR/2014 Aussendung der Parlamentskorrespondenz betreffend 833. Sitzung des Bundesrates: Budgetsituation des Bundesheeres auch Debatte im Bundesrat Nr. 893/2014
- 24.09.2014 J-BR Inserate und Werbung im Internet (BMLVS) - beantwortet durch ( 2805/AB-BR/2014 3028/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2805/AB-BR/2014)
- 24.09.2014 J-BR Ausschreibung Pinzgauer (BMLVS) - beantwortet durch ( 2804/AB-BR/2014 3027/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2804/AB-BR/2014)
- 24.09.2014 J-BR Ersatz der Saab 105 (BMLVS) - beantwortet durch ( 2802/AB-BR/2014 3026/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2802/AB-BR/2014)
- 24.09.2014 J-BR Militärluffahrtausstellung ZELTWEG (BMLVS) - beantwortet durch ( 2801/AB-BR/2014 3025/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2801/AB-BR/2014)

24.09.2014 J-BR Polizeibashing durch Juristen im Bundeskanzleramt (BKA) - beantwortet durch ( 2800/AB-BR/2014 3021/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2800/AB-BR/2014)

24.09.2014 J-BR Verantwortung und Rolle des Bundesministers für Finanzen und des Rechnungshofpräsidenten (BMF) - beantwortet durch ( 2806/AB-BR/2014 3019/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 24.09.2014 (2806/AB-BR/2014)

23.09.2014 J-BR INDECT und Sicherheitsprojekte der Europäischen Union (BMI) - beantwortet durch ( 2797/AB-BR/2014 3024/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.09.2014 (2797/AB-BR/2014)

23.09.2014 J-BR Zentrales Waffenregister (BMI) - beantwortet durch ( 2796/AB-BR/2014 3023/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.09.2014 (2796/AB-BR/2014)

23.09.2014 J-BR durch Heirat erschlichene Aufenthaltstitel (BMI) - beantwortet durch ( 2799/AB-BR/2014 3022/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.09.2014 (2799/AB-BR/2014)

23.09.2014 J-BR Kompetenzübertragung auf das Sozialministeriumservice (BMVIT) - beantwortet durch ( 2798/AB-BR/2014 3018/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 23.09.2014 (2798/AB-BR/2014)

05.09.2014 J-BR Verwendung eines Blaulichts auf dem Dienstwagen des NÖ-Landeshauptmannes (BMI) - beantwortet durch ( 2795/AB-BR/2014 3016/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 05.09.2014 (2795/AB-BR/2014)

05.09.2014 J-BR Verhaftung eines Ukrainers in Wien (BMI) - beantwortet durch ( 2794/AB-BR/2014 3015/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 05.09.2014 (2794/AB-BR/2014)

26.08.2014 J-BR Breitbandoffensive in Österreich (BMVIT) - beantwortet durch ( 2793/AB-BR/2014 3014/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 26.08.2014 (2793/AB-BR/2014)

25.08.2014 J-BR Lebensmittelkennzeichnung darf heimische Wirtshauskultur nicht zerstören (BMG) - beantwortet durch ( 2792/AB-BR/2014 3017/J-BR/2014

28.07.2014 J-BR Fahrerlaubnis nach Radfahrprüfung (BMVIT) - beantwortet durch ( 2791/AB-BR/2014 3011/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 28.07.2014 (2791/AB-BR/2014)

25.07.2014 J-BR Schließung der Polizeiinspektionen im Mölltal/Oberkärnten (BMI) - beantwortet durch ( 2790/AB-BR/2014 3013/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 25.07.2014 (2790/AB-BR/2014)

25.07.2014 J-BR Rehabilitierung von Opfern des anti-homosexuellen § 209 StGB (BMI) - beantwortet durch ( 2789/AB-BR/2014 3012/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 25.07.2014 (2789/AB-BR/2014)

24.07.2014 J-BR illegale österreichisch-türkische Doppelstaatsbürger (BMI) - Dringliche Anfrage 3020/J-BR/2014 Aufruf der dringlichen Anfrage

18.07.2014 J-BR Förderbericht 2012 (BMI) - beantwortet durch ( 2788/AB-BR/2014 3010/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 18.07.2014 (2788/AB-BR/2014)

18.07.2014 J-BR Postenschließungen und exekutiver Außendienst (BMI) - beantwortet durch ( 2787/AB-BR/2014 3009/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 18.07.2014 (2787/AB-BR/2014)

18.07.2014 J-BR Anhaltezentrum Vordernberg (BMI) - beantwortet durch ( 2786/AB-BR/2014 3008/J-BR/2014 Aussendung der Parlamentskorrespondenz betreffend 832. Sitzung des Bundesrates: Asyldebatte im Bundesrat Nr. 719/2014

15.07.2014 J-BR Kasernenschließungen (BMLVS) - beantwortet durch ( 2783/AB-BR/2014 3007/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.07.2014 (2783/AB-BR/2014)

15.07.2014 J-BR Finanzflüsse in die Bundesländer von 2009 bis 2012 exklusive der Finanzausgleichszahlungen (BMF) - beantwortet durch ( 2784/AB-BR/2014 3006/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.07.2014 (2784/AB-BR/2014)

15.07.2014 J-BR Finanzflüsse in die Bundesländer von 2009 bis 2012 exklusive der Finanzausgleichszahlungen (BMVIT) - beantwortet durch ( 2785/AB-BR/2014 3004/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.07.2014 (2785/AB-BR/2014)

15.07.2014 J-BR Finanzflüsse in die Bundesländer von 2009 bis 2012 exklusive der Finanzausgleichszahlungen (BMBF) - beantwortet durch ( 2781/AB-BR/2014 3003/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.07.2014 (2781/AB-BR/2014)

15.07.2014 J-BR Finanzierung der Vorbereitungslehrgänge auf den Pflichtschulabschluss (BMBF) - beantwortet durch ( 2782/AB-BR/2014 3001/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 15.07.2014 (2782/AB-BR/2014)

14.07.2014 J-BR Finanzflüsse in die Bundesländer von 2009 bis 2012 exklusive der Finanzausgleichszahlungen (BMWFW) - beantwortet durch ( 2779/AB-BR/2014 3005/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 14.07.2014 (2779/AB-BR/2014)

14.07.2014 J-BR Finanzflüsse in die Bundesländer von 2009 bis 2012 exklusive der Finanzausgleichszahlungen (BMI) - beantwortet durch ( 2780/AB-BR/2014 3002/J-BR/2014 Schriftliche Beantwortung am 14.07.2014 (2780/AB-BR/2014)

**7. TÄTIGKEITSBERICHTE****2. Halbjahr 2014**

	<b>Anzahl</b>
<i>Sitzungen</i>	6
<i>Gemeinsame Sitzungen NR/BR</i>	-
<i>Bundesversammlung</i>	-
<b><i>In Verhandlung genommen:</i></b>	
<i>Gesetzesbeschlüsse</i>	66
<i>Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG</i>	2
<i>Zustimmung nach Art. 30a B-VG</i>	1
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>davon Einsprüche</i>	1
<i>davon 8-Wochen-Fristablauf</i>	1
<i>Ablehnung im Ausschuss</i>	-
<i>Vertagung im Ausschuss</i>	-
<i>Absetzung im Ausschuss</i>	1
<i>Ablehnung im Plenum</i>	-
<i>Übergang zur Tagesordnung</i>	-
<i>Stimmengleichheit</i>	-
<i>Staatsverträge</i>	17
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG</i>	6
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs.4 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG</i>	-
<i>davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen</i>	4
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder</i>	17
<i>Berichte der Volksanwaltschaft</i>	1
<b><i>Eingebracht:</i></b>	
<i>Schriftliche Anfragen</i>	44
<i>davon Dringliche Anfragen</i>	1
<i>Besprechungen von Anfragebeantwortungen</i>	2
<i>Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung</i>	-
<i>Gesetzesanträge</i>	2
<i>davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des</i>	-
<i>Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG</i>	2
<i>Selbständige Entschließungsanträge</i>	5
<i>Unselbständige Entschließungsanträge</i>	5
<i>davon angenommen</i>	2

<i>Anträge, Einspruch zu erheben</i>	2
<i>davon angenommen</i>	1

**Sonstiges:**

<i>Erklärungen von Landeshauptmännern</i>	1
<i>Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung</i>	1
<i>Fragestunden</i>	1
<i>Aktuelle Stunden</i>	4
<i>Durchführung einer Enquete</i>	1

**Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:**

<i>EU-Ausschuss</i>	5
<i>Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG</i>	1
<i>Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 iVm Art. 23k Abs. 3 B-VG</i>	3
<i>Ausschussfeststellungen</i>	-
<i>Aktuelle Aussprache</i>	-

<i>Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz</i>	4
<i>Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten</i>	2
<i>Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen</i>	1
<i>Ausschuss für Familie und Jugend</i>	1
<i>Finanzausschuss</i>	3
<i>Geschäftsordnungsausschuss</i>	-
<i>Gesundheitsausschuss</i>	2
<i>Gleichbehandlungsausschuss</i>	-
<i>Ausschuss für innere Angelegenheiten</i>	2
<i>Justizausschuss</i>	4
<i>Landesverteidigungsausschuss</i>	2
<i>Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</i>	1
<i>Ausschuss für Sportangelegenheiten</i>	1
<i>Umweltausschuss</i>	1
<i>Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur</i>	4
<i>Unvereinbarkeitsausschuss</i>	-
<i>Ausschuss für Verfassung und Föderalismus</i>	5
<i>Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie</i>	3
<i>Wirtschaftsausschuss</i>	3
<i>Ausschuss für Wissenschaft und Forschung</i>	1
<i>Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948</i>	-

**1. Halbjahr 2015**

	<b>Anzahl</b>
<i>Sitzungen</i>	5
<i>Gemeinsame Sitzungen NR/BR</i>	-
<i>Bundesversammlung</i>	-
<b><i>In Verhandlung genommen:</i></b>	
<b><i>Gesetzesbeschlüsse</i></b>	<b>29</b>
<i>Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG</i>	-
<i>Zustimmung nach Art. 30a B-VG</i>	-
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>davon Einsprüche</i>	-
<i>davon 8-Wochen-Fristablauf</i>	-
<i>Ablehnung im Ausschuss</i>	-
<i>Vertagung im Ausschuss</i>	-
<i>Absetzung im Ausschuss</i>	-
<i>Ablehnung im Plenum</i>	-
<i>Übergang zur Tagesordnung</i>	-
<i>Stimmengleichheit</i>	-
<b><i>Staatsverträge</i></b>	<b>12</b>
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG</i>	4
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs.4 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG</i>	1
<i>davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen</i>	-
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder</i>	23
<i>Berichte der Volksanwaltschaft</i>	1
<b><i>Eingebracht:</i></b>	
<b><i>Schriftliche Anfragen</i></b>	<b>23</b>
<i>davon Dringliche Anfragen</i>	1
<i>Besprechungen von Anfragebeantwortungen</i>	-
<i>Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung</i>	1
<i>Gesetzesanträge</i>	1
<i>davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG</i>	-
<i>Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG</i>	1
<i>Selbständige Entschließungsanträge</i>	1
<i>Unselbständige Entschließungsanträge</i>	3
<i>davon angenommen</i>	-
<i>Anträge, Einspruch zu erheben</i>	4
<i>davon angenommen</i>	-

**Sonstiges:**

<i>Erklärungen von Landeshauptmännern</i>	-
<i>Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung</i>	1
<i>Fragestunden</i>	3
<i>Aktuelle Stunden</i>	2
<i>Durchführung einer Enquete</i>	1

**Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:**

<i>EU-Ausschuss</i>	6
<i>Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG</i>	-
<i>Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 iVm Art. 23k Abs. 3 B-VG</i>	4
<i>Ausschussfeststellungen</i>	-
<i>Aktuelle Aussprache</i>	-
<i>Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz</i>	2
<i>Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten</i>	1
<i>Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen</i>	-
<i>Ausschuss für Familie und Jugend</i>	1
<i>Finanzausschuss</i>	3
<i>Geschäftsordnungsausschuss</i>	1
<i>Gesundheitsausschuss</i>	2
<i>Gleichbehandlungsausschuss</i>	-
<i>Ausschuss für innere Angelegenheiten</i>	2
<i>Justizausschuss</i>	1
<i>Landesverteidigungsausschuss</i>	-
<i>Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</i>	1
<i>Ausschuss für Sportangelegenheiten</i>	-
<i>Umweltausschuss</i>	1
<i>Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur</i>	2
<i>Unvereinbarkeitsausschuss</i>	1
<i>Ausschuss für Verfassung und Föderalismus</i>	4
<i>Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie</i>	2
<i>Wirtschaftsausschuss</i>	2
<i>Ausschuss für Wissenschaft und Forschung</i>	1
<i>Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948</i>	-

## **8. BUNDESRATSENQUETEN**

02.06.2015

### **"Schlummernde Talente: Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene (NEETs)" 31/VER-BR/2015 Enquete durchgeführt**

Am 2. Juni 2015 ab 15.00 Uhr befasste sich eine parlamentarische Enquete des Bundesrats zum Thema "Schlummernde Talente: Perspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene (NEETs)" mit der Verbesserung von Berufschancen junger Menschen beschäftigen. Die Enquete ist öffentlich zugänglich. Ein diesbezüglicher Antrag der BundesrätInnen Sonja Zwazl (V/N), Inge Posch-Gruschka (S/B), Gottfried Kneifel (V/O), Reinhard Todt (S/W) und Marco Schreuder (G/W) wurde am Ende der heutigen Sitzung einstimmig angenommen.

Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl, die dieses Thema als wichtige Zukunftsfrage in den Mittelpunkt ihres Vorsitzes gestellt hat, wird die Enquete eröffnen und thematisch einleiten. Als Referenten nehmen Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Staatssekretär Harald Mahrer und Mario Steiner vom Institut für Höhere Studien Stellung. Im Anschluss an diese Referate werden in zwei Panels die "arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen" sowie die "Positionen zu den Chancen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen" ausgelotet.

Bereits heute hat Bundesratspräsidentin Sonja Zwazl eine neue Umfrage des Instituts für Jugendkulturforschung unter Schülerinnen und Schülern der 8. Schulstufe vorgestellt (siehe Aussendung der Parlamentskorrespondenz Nr. 482/2015). Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen geben darin an, dass sie mehr Unterstützung bei der Bildungs- und Berufswahl brauchen. Zwazl drängt daher auch auf eine bessere Berufsorientierung an Österreichs Schulen. Bereits in ihrer Antrittsrede hat sich Zwazl für österreichweite, fixe Berufs- und Bildungsorientierungsangebote in der 7. Schulstufe ausgesprochen, mit denen den Jugendlichen ihre individuellen Stärken und dazu passende Ausbildungswege aufgezeigt werden. Sie plädierte damals dafür, in der Bildungspolitik das "Kastlendenken" abzulegen, da es darum gehe, wie man die Begabungen der Kinder bestmöglich erkennen und fördern kann.

Die kommende Zukunftskonferenz des Bundesrats, die gemeinsam mit dem Land Niederösterreich am 11. Juni in St. Pölten veranstaltet wird, widmet sich ebenfalls diesem Thema. (Schluss Bundesrat)

17.12.2014

## **Die Duale Ausbildung in Österreich: Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen 30/VER-BR/2014**

Experten aus aller Welt besuchen seit einigen Jahren Österreich, um die hier praktizierte Berufsausbildung zu studieren. Nicht ohne Grund: Während die Arbeitslosigkeit junger Menschen in vielen Ländern dramatische Ausmaße annimmt, weist Österreich eine der geringsten Jugendarbeitslosenraten auf. Die Ursache liegt im Erfolg der dualen Ausbildung, der kombinierten Berufsausbildung in einem Betrieb und in der Berufsschule. Die aktuellen Herausforderungen und Zukunftsperspektiven sowie viele mit der Berufsausbildung zusammenhängende Fragen - etwa das Imageproblem der Lehre in Österreich - thematisierte der Bundesrat heute in einer Enquete mit dem Titel "Die Duale Ausbildung in Österreich: Gelungene Ausbildung, Vorbild für Europa und Chance für Frauen".

Die Erfolgsgeschichte der Dualen Ausbildung in Österreich skizzierte eingangs Bundesratspräsidentin Ana Blatnik, wobei sie auf die jüngste Bildungsoffensive "Lehre mit Matura" einging und auf die Ausbildungsangebote für junge Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Problematisch sah Blatnik, dass Frauen nach wie vor in erster Linie als Verkäuferinnen, Friseurinnen und Sekretärinnen arbeiten, obwohl Entlohnung und Familienfreundlichkeit in diesen Berufszweigen weit unterdurchschnittlich seien.

"Die Duale Ausbildung ist eine besondere Errungenschaft der österreichischen Schullandschaft, die von einer multilateralen Partnerschaft mit den SozialpartnerInnen und den Ländern getragen wird", sagte Bundesministerin für Bildung und Frauen, Gabriele Heinisch-Hosek. Österreich liege bei der Beschäftigung junger Menschen hervorragend, während in der EU Arbeitslosenquoten von über 20% Anlass zur Sorge geben. Österreich verzeichne bildungspolitische Erfolge, komme bei den EU-2020-Ziele voran, etwa bei der Akademikerquote, und erreiche die Ziele bei der Jugendbeschäftigung und bei den Maßnahmen gegen den Abbruch von Ausbildungsgängen schon jetzt.

Zukünftige Herausforderungen sah die Ministerin im Rückgang der Lehrlingszahlen aus demographischen Gründen sowie in der starken Konzentration der Berufswahl auf klassische Lehrberufe, obwohl 200 qualifizierte Lehrausbildungen angeboten werden. Dies gelte insbesondere für Frauen, die sich bevorzugt für Verkäuferin, Bürokauffrau und Friseurin entscheiden, obwohl Lehrlinge im letzten Lehrjahr in männerdominierten Berufen fast doppelt so viel verdienen wie eine Friseurin. Die Ministerin setzt auf bessere Information der jungen Menschen über

Ausbildungsangebote. Sie stellte Informationsoffensiven dar und plädierte dafür, die verbindliche Übung "Berufsorientierung" auszuweiten sowie den Kontakt zwischen Betrieben und Schulen auszubauen. Hervorragende Arbeit an der Nahtstelle zwischen Schule und Dualer Ausbildung leisten die polytechnischen Lehrgänge, lobte Heinisch-Hosek.

Insbesondere aus frauenpolitischer Sicht machte sich die Ministerin dafür stark, die Zahl der Unterrichtsstunden in der Dualen Ausbildung auf 1.260 für alle anzuheben, weil sowohl die fachspezifischen Grundlagen als auch Sozialkompetenzen zu den Voraussetzungen jeder erfolgreichen Berufslaufbahn zählen.

Dem Ziel einer inklusiver Gesellschaft dienen überbetriebliche oder integrative Ausbildungen, berichtete die Ministerin und dankte an dieser Stelle der Wirtschaft, die jungen Menschen mit Behinderungen Berufschancen biete.

Auch die Bildungsministerin schilderte die Berufsoffensive "Lehre mit Matura" als eine Erfolgsgeschichte und gratulierte den 2.481 Lehrlingen, die bislang auf diesem Weg zu einem Lehrabschluss und zu einer Matura zugleich gelangt sind. Heinisch-Hosek bekannte sich nachdrücklich zur Erhöhung der Systemdurchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen und forderte dazu auf, die Debatte über die Bewertung von Arbeit wieder aufzunehmen.

## **9. INTERESSENSVERTRETUNG IN WIEN**

Anträge im Salzburger Landtag 2014 und 2015 mit Bezug an die Bundesregierung, deren inhaltliche Intention, Fragestellung oder Aufforderung durch den Salzburger Landtag seitens der Bundesratsmitglieder im persönlichen Gespräch mit Mitgliedern der Bundesregierung, Mandataren des Nationalrates und anderer Bundesratskollegen vor Ort im österreichischen Parlament und bei Enqueten, Tagungen, Empfängen und gesellschaftlichen Anlässen erörtert wurden:

Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutschi, Mag. Mayer, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Ablehnung von Maßnahmen zur Abschaffung des Bargeldes in Österreich Datum:03.06.2015

Beilagennummer: 944

2 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Kontrollen unter Suchtmittel einfluss stehender Fahrzeuglenker Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 823

3 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Abschaffung des Schultyps der Neuen Mittelschule Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 822

4 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 821

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser (Nr. 821 der Beilagen) betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg

Datum: 03.06.2015

Beilagennummer: 870

5 Antrag der Abg. Hofbauer und Scheinast betreffend Mitspracherecht und Mitbestimmung für Jugendliche auch auf Betriebsebene Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 817

6 Antrag der Abg. Fuchs und Mag. Sieberth betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 816

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag. Sieberth (Nr. 816 der Beilagen) betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen

Datum: 03.06.2015

Beilagennummer: 875

7 Antrag der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Schneglberger betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 814

8 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf und Klubobfrau Mag. Gutschi betreffend die Einführung einer Asylquote für die EU-Mitgliedsstaaten je nach Bevölkerungsanzahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 812

9 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und HR Dr. Schöchel betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 810

Referenzdokument: Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und HR Dr. Schöchel (Nr. 810 der Beilagen) betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen

Datum: 03.06.2015

Beilagennummer: 867

10 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf und Klubobfrau Mag. Gutschi betreffend Leistungen für beeinträchtigte Menschen in Österreich Datum:29.04.2015

Beilagennummer: 808

11 Antrag der Abg. Fuchs und DI Lindner betreffend die Lenkberechtigung für Kraftfahrzeuge mit Automatikgetriebe Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 672

Referenzdokument: Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Fuchs und DI Lindner (Nr. 672 der Beilagen) betreffend die Lenkberechtigung für Kraftfahrzeuge mit Automatikgetriebe

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 796

12 Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Sieberth betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 671

Referenzdokument: Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutschi, Jöbstl und Bartel (Nr. 665 der Beilagen) betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden und zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Sieberth (Nr. 671 der Beilagen) betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 731

13 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutschi, Jöbstl und Bartel betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 665

Referenzdokument: Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, Jöbstl und Bartel (Nr. 665 der Beilagen) betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden und zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag. Sieberth (Nr. 671 der Beilagen) betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 731

14 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, HR Dr. Schöchl und Mag. Scharfetter betreffend innovative Finanzierungsmodelle Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 664

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, HR Dr. Schöchl und Mag. Scharfetter (Nr. 664 der Beilagen) betreffend innovative Finanzierungsmodelle

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 789

15 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, Mag. Scharfetter und Ing. Schnitzhofer betreffend eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige Wirtschaft in Österreich Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 663

16 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, Mag. Scharfetter und Jöbstl betreffend Herausforderungen durch das neue KA-AZG (Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz) Datum:18.03.2015

Beilagennummer: 662

17 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend Maßnahmen gegen radikale islamistische Entwicklungen Datum:04.02.2015

Beilagennummer: 548

Referenzdokument: Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser (Nr. 548 der Beilagen) betreffend Maßnahmen gegen radikale islamistische Entwicklungen

Datum: 18.03.2015

Beilagennummer: 615

18 Antrag der Abg. Dr. Solarz und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Ausweitung der Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes Datum:04.02.2015

Beilagennummer: 544

19 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel, Klubobfrau Mag. Gutschl und Jöbstl betreffend die Schließung von Kleinschulen Datum:04.02.2015

Beilagennummer: 535

20 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Abschaffung der Zählregel 3:2 für Kinder unter 14 Jahren im Kraftfahrlinienverkehr Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 411

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel, Mag. Mayer und Jöbstl (Nr. 393 der Beilagen) betreffend die Zählregel für Kinder im Kraftfahrlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann (Nr. 408 der Beilagen) betreffend die Zählregel im Kraftlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 411 der Beilagen)

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 794

21 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die zeitliche Beschränkung der Funktionsperiode des Landesamtsdirektors Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 409

22 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Zählregel im Kraftlinienverkehr Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 408

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel, Mag. Mayer und Jöbstl (Nr. 393 der Beilagen) betreffend die Zählregel für Kinder im Kraftfahrverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann (Nr. 408 der Beilagen) betreffend die Zählregel im Kraftlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 411 der Beilagen)

Datum: 29.04.2015

Beilagennummer: 794

23 Antrag der Abg. Mag. Sieberth und Hofbauer betreffend die Stärkung von Salzburgs Mitgliedern im Bundesrat Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 405

24 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger betreffend Ebola-Schutzstandorte in Österreich Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 399

25 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Obermoser und Neuhofer betreffend den landwirtschaftlichen Zivildienst Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 397

26 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Landtagspräsidentin Dr. Pallauf und HR Dr. Schöchel betreffend die Einführung einer Richtlinie für gemeinsame europäische Rechnungsstellungsstandards im öffentlichen Sektor (EPSAS) Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 396

27 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel und Ing. Schnitzhofer betreffend Änderungsbedarf im Abfallwirtschaftsgesetz (AWG 2002) Datum:17.12.2014

Beilagennummer: 395

28 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Schaffung von Anreizen zur Erhöhung der Elektro- und/oder Alternativantriebsmobilität im Bundesland Salzburg  
Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 248

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast (Nr. 571 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die flächendeckende Ausstattung mit E-Ladestationen und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 248 der Beilagen) betreffend die Schaffung von Anreizen zur Erhöhung der Elektro- und/oder Alternativantriebsmobilität im Bundesland Salzburg

Datum: 17.12.2014

Beilagennummer: 307

29 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Erhalt der Militärmusik Salzburg und des Kasernenstandorts Tamsweg Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 244

Referenzdokument: 30 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Wiedereinführung des Arbeitslosengeldes für Nebenerwerbslandwirte

Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 243

31 Antrag der Abg. Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die fehlende Regelung der Überziehungszinsen bei Bankkonten Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 241

32 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf und Mag. Mayer betreffend eine Reform des Mietrechtes Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 238

33 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Reduzierung der Normvorschriften in der Bauordnung Datum:29.10.2014

Beilagennummer: 235

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer (Nr. 235 der Beilagen) betreffend eine Reduzierung der Normvorschriften in der Bauordnung

Datum: 03.06.2015

Beilagennummer: 878

34 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA betreffend die Vereinfachung von Bürgerbeteiligungen als Genossenschaftsmodelle Datum:01.10.2014

Beilagennummer: 141

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA (Nr. 141 der Beilagen) betreffend die Vereinfachung von Bürgerbeteiligungen als Genossenschaftsmodelle

Datum: 18.03.2015

Beilagennummer: 612

35 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler betreffend Patientenanzwaltschaft

Datum:01.10.2014

Beilagennummer: 136

36 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Mag. Gutschl und Jöbstl betreffend die Erstellung einer Strategie „Arbeitsplatz-Lehrer“ Datum:01.10.2014

Beilagennummer: 134

37 Antrag der Abg. Ing. Schnitzhofer , Neuhofer und Klubobfrau Mag. Rogatsch bezüglich die Erstellung einer einheitlichen bundesweiten Biodiversitätsstrategie für öffentliche Flächen in Österreich Datum:01.10.2014

Beilagennummer: 132

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag. Sieberth (Nr. 570 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Bepflanzung landeseigener Flächen im Sinne der Biodiversität und zum Antrag der Abg. Ing. Schnitzhofer, Neuhofer und Klubobfrau Mag. Rogatsch (Nr. 132 der Beilagen) bezüglich die Erstellung einer einheitlichen bundesweiten Biodiversitätsstrategie für öffentliche Flächen in Österreich

Datum: 29.10.2014

Beilagennummer: 206

38 Antrag der Abg. Fuchs, Hofbauer, Mag. Dr. Humer-Vogl und Scheinast betreffend die Ausbringung von glyphosathaltigen Herbiziden an österreichischen Autobahnen Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 753

39 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Mag. Gutschi und Jöbstl betreffend eine Erhöhung des Angebotes für den sonderpädagogischen Förderbedarf Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 746

40 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch und Mag. Gutschi betreffend die wissenschaftliche Begleitung des Mutter-Kind-Passes Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 745

41 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Mag. Mayer und Mag. Scharfetter betreffend Maßnahmen zur geplanten Obsoleszenz Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 744

42 Antrag der Abg. Ing. Sampl, Mag. Scharfetter und Ing. Schnitzhofer betreffend die Veröffentlichung eines Infrastrukturberichtes der Bundesregierung Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 743

43 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Ing. Sampl und Mag. Scharfetter betreffend eine  
Regelung zur Regulierung der Verwendung von zivilen Drohnen durch die europäische Kommission  
Datum:02.07.2014

Beilagennummer: 742

Referenzdokument: Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum  
Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Rogatsch, Ing. Sampl und Mag. Scharfetter (Nr. 742 der Beilagen  
d.2.S.d.15.GP) betreffend eine Regelung zur Regulierung der Verwendung von zivilen Drohnen durch  
die europäische Kommission

Datum: 18.03.2015

Beilagennummer: 610

**10. Mandatsstand 2014 - 2015**

Im Berichtsjahr fanden in der Steiermark und im Burgenland Landtagswahlen statt. Die Mitglieder des Bundesrates änderten sich in den Bundesländern. Oberösterreich verlor auf Grund der Volkszählung und der damit verbundenen Neubewertung des Bundesrates ein Mandat. Der Bundesrat besteht deshalb derzeit aus 61 Abgeordneten

Aktuelle Zusammensetzung nach Bundesländer

	Gesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Ohne Fraktion
 <a href="#">Burgenland</a>	3	1	2	–	–	–
 <a href="#">Kärnten</a>	4	1	2	1	–	–
 <a href="#">Niederösterreich</a>	12	7	3	1	–	1 <sup>(1)</sup>
 <a href="#">Oberösterreich</a>	10	5	3	1	1	–
 <a href="#">Salzburg</a>	4	1	1	–	1	1 <sup>(2)</sup>
 <a href="#">Steiermark</a>	9	4	4	1	–	–
 <a href="#">Tirol</a>	5	3	1	–	1	–
 <a href="#">Vorarlberg</a>	3	2	–	1	–	–
 <a href="#">Wien</a>	11	1	6	3	1	–
Zusammen	<b>61</b>	<b>25</b>	<b>22</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>2</b>

Der Bundesrat setzt sich gegenwärtig aus folgenden Gruppierungen zusammen:

Parteien	Gesamt	<a href="#">ÖVP</a>	<a href="#">SPÖ</a>	<a href="#">FPÖ</a>	<a href="#">Grüne</a>	<a href="#">TS</a>	parteilos	<a href="#">Regierung</a>	<a href="#">Opposition</a>
Sitze	61	25	22	8	4	1	1	47	14

Den Grünen wurde mit Präsidiumsbeschluss der Fraktionsstatus zuerkannt, obwohl dafür eigentlich fünf Mandate notwendig wären!

### *Erklärungen im Bundesrat*

Eine Erklärung zu „Aktuellen Themen im Bereich Landesverteidigung und Sport“ gab der neue Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, Mag. Gerald Klug am 05.04.2013 gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR bei der 819. Sitzung des Bundesrates ab.

### *Regierungserklärung im Bundesrat*

Bundeskanzler Werner Faymann gab am 19.12.2013 in der 825. Sitzung des Bundesrates, die Regierungserklärung der neuen Bundesregierung unter dem **Titel Spielräume für Offensivmaßnahmen und Sozialleistungen schaffen,** ab.

Eine **Erklärung** gemäß § 38 Abs. 3 GO-BR gab aus Anlass des Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz der **Landeshauptmann von Vorarlberg Mag. Markus Wallner am 14. März 2013** in der 818. Sitzung des Bundesrates zum Thema „Gemeinsam Verantwortung tragen“ ab.

## **11. DER BUNDESRAT ALS EUROPAAKAMMER AUF NATIONALER EBENE**

von Professor Dr. Werner Zögernitz

Seit dem EU-Beitritt Österreichs – insbesondere aber durch den Vertrag von Lissabon – hat der Bundesrat neben seinen drei klassischen Aufgaben – nämlich der Gesetzgebung, der parlamentarischen Kontrolle und der Mitwirkung an der Vollziehung – eine neue Dimension dazubekommen.

Es ist dies die **indirekte** und die **direkte Mitwirkung der nationalen Parlamente an der EU-Rechtsetzung bzw. EU-Willensbildung**. Diese Aufgaben werden in Hinkunft immer wichtiger und stellen einen Ausgleich dafür dar, dass der Einfluss der EU auf die einzelnen Mitgliedsstaaten immer größer wird, da EU-Verordnungen unmittelbar anzuwenden und EU-Richtlinien innerstaatlich umzusetzen sind.

### **A) Mitwirkungsrechte an der EU-Rechtsetzung bzw. EU-Willensbildung**

#### **I.) Indirekte Mitwirkung am europäischen Gesetzgebungsprozess**

Die wichtigsten diesbezüglichen Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesrates sind:

1. Eine Informationsverpflichtung der Bundesregierung an den Bundesrat über EU-Vorhaben und
2. die inhaltliche Bindung von Regierungsmitgliedern an Stellungnahmen des EU-Ausschusses des Bundesrates, sofern durch einen Rechtsakt Länderinteressen im Verfassungsrang eingeschränkt werden, bei den Verhandlungen in EU-Ministerräten.

#### **II.) Direkte Mitwirkung am europäischen Gesetzgebungsprozess**

Der Vertrag der Europäischen Union – allgemein als Vertrag von Lissabon bezeichnet – hat die nationalen Parlamente – und zwar beide Kammern – gestärkt und ihnen ein direktes Mitwirkungsrecht am europäischen Gesetzgebungsprozess eingeräumt.

Diesbezügliche Schwerpunkte sind:

## 1. **Verstärkte Informationspflichten der EU-Organe und der Bundesregierung an die nationalen Parlamente**

Die wichtigsten Beispiele hierfür sind:

- Die europäischen Organe veröffentlichen über die relevanten Kanäle (EU-Extranet) ihre Gesetzgebungsakte; die nationalen Parlamente – Nationalrat und Bundesrat – werden ebenfalls darüber informiert.
- Darüber hinaus können Nationalrat und Bundesrat ihren Wünschen über die Vorhaben der Europäischen Union in Mitteilungen an die Organe derselben Ausdruck geben. Der Bundesrat hat von dieser Möglichkeit häufig Gebrauch gemacht.

## 2. **Subsidiaritätsprüfung / Subsidiaritätsrüge**

- Die nationalen Parlamente – und zwar beide Kammern – können innerhalb von acht Wochen nach Übermittlung des Entwurfes eines Gesetzgebungsaktes in den Amtssprachen der Union darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar ist. Der Bundesrat hat von der Möglichkeit einer begründeten Stellungnahme im Jahr 2013 sechs Mal Gebrauch gemacht. Er liegt damit unter den 41 europäischen Kammern (13 davon sind zweite Kammern) ziffernmäßig nach dem schwedischen „Riksdagen“ EU-weit an zweiter Stelle.
- Nach dem Vertrag von Lissabon obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren. Diese Aufgabe wurde gemäß Artikel 23g Absatz 3 Bundes-Verfassungsgesetz dem Bundesrat übertragen.

Dieser hat die Landtage unverzüglich über die Entwürfe zu unterrichten und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei Beschlussfassung einer solchen begründeten Stellungnahme hat der Bundesrat die Stellungnahmen der Landtage zu erwägen und die Landtage über die von ihm gefassten Beschlüsse zu solchen Entwürfen zu unterrichten.

- In einem föderalistischen Staat ist die Länderkammer auf Bundesebene für eine solche Aufgabe geradezu prädestiniert. Dazu kommt, dass es im Parlament

einen eigenen EU-Dienst gibt, auf den sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat Zugriff haben. Es ist also hier ausreichend Know-how vorhanden, um kostengünstig und effizient Mitteilungen und Stellungnahmen zu erarbeiten.

Darüber hinaus sind Entscheidungen der nationalen Parlamente über EU-Angelegenheiten rasch zu treffen und mit parlamentarischen Kammern anderer EU-Staaten zu koordinieren, um das gewünschte Ergebnis (allenfalls Subsidiaritätsrüge) in Brüssel zu erzielen. Dafür ist eine zentral gelegene Organisationseinheit besonders zweckmäßig.

### **3. Subsidiaritätsklage**

- Wegen des Verstoßes eines europäischen Gesetzgebungsaktes gegen das Subsidiaritätsprinzip kann nach dem Vertrag von Lissabon von jedem Mitgliedsstaat eine Klage beim Gerichtshof der Europäischen Union eingebracht werden.
- Eine solche kann vom Nationalrat oder vom Bundesrat innerhalb von zwei Monaten nach Erlassung des Gesetzgebungsaktes beschlossen werden.

Gemäß Artikel 23h Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz sind der Nationalrat und der Bundesrat generell zur Erhebung einer Subsidiaritätsklage ermächtigt. Somit sind beide Kammern in diesem Bereich grundsätzlich gleichgestellt.

### **B) Teilnahme von EU-Vertretern an Sitzungen des Bundesrates und seiner Ausschüsse**

Der Bundesrat ist in letzter Zeit immer stärker zu einer Europakammer auf nationaler Ebene geworden. Wie bereits erwähnt, hat er zahlreiche Mitteilungen an Organe der Europäischen Union erstellt und begründete Stellungnahmen im Rahmen des Subsidiaritätsprüfungsverfahrens verfasst.

Darüber hinaus kam es auch verstärkt zu personellen Verschränkungen mit Vertretern von EU-Organen. Bereits im Jahr 2011 hat der Bundesrat die Teilnahme von Persönlichkeiten der europäischen und internationalen Politik an den Verhandlungen im Bundesrat –

zusätzlich zum Teilnahmerecht von in Österreich gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments an Sitzungen des EU-Ausschusses – ermöglicht.

Seit Juni 2015 besitzen auch die in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments ein Rederecht bei allen Verhandlungen des Bundesrates und seiner Ausschüsse, die der Erörterung von EU-Themen dienen. Davon haben erstmals vier EU-Mandatare in der Plenarsitzung vom 2. Juli 2015 Gebrauch gemacht.

### **C) Schlussbemerkungen**

Der Bundesrat hat sich in letzter Zeit immer intensiver mit EU-Themen befasst, ohne dabei seine drei klassischen Aufgaben zu vernachlässigen. Wenn diese Tätigkeit in der Öffentlichkeit auch nicht als sehr spektakulär gesehen werden mag, darf sie keinesfalls unterschätzt werden. Immerhin stammen bereits 55 % aller in Österreich gesetzten Rechtsakte von EU-Organen.

## **12. Ein gemeinsamer Bundesrats-Reformentwurf**

Bemerkenswertes ist auch im Hinblick auf eine Reform des Bundesrates geglückt: Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik wurde ein Entwurf für ein Bundesratsreformgesetz ausgearbeitet.

Zuerst stellte Präs. Bernhofer im Juni 2012 den **Konsens in der Landtagspräsidentenkonferenz** in Haibach/Donau her. In weiterer Folge war es LH Günther Platter, der bei der LH Konferenz in Innsbruck dafür die **einstimmige Unterstützung der Landeshauptleute** herbeiführen konnte. Maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg hatte auch der Präsident des Bundesrates im zweiten Halbjahr 2012, der Tiroler Georg Keuschnigg. Er konnte diesen Erfolg bei seiner Abschiedsrede im Dezember der Öffentlichkeit melden.

Seither ist das argumentative Durcheinander der Länder um die Reform des Bundesrates verstummt. Jetzt geht es darum, diesen Gesetzentwurf zuerst im Bundesrat zu beschließen und an den Nationalrat weiterzuleiten. Er soll Grundlage für weitere Bundesrats-Reformen sein.